

▶ Man ist so frei im Freistaat

Am 14. September erließen die Parteien der grundbesitzenden Klassen im Freistaat Thüringen diesen die Grunderwerbsteuer. Dass Land, dieses essentielle Lebens- und Produktionsmittel, sich in Privatbesitz befindet und der Besitzwechsel, also die Bodenspekulation sich lohnen muss, das gilt hierzulande als ökonomisches Basiswissen. Darum war die öffentliche Erregung über diese Selbstbegünstigung gering.

Groß war dagegen die Aufregung darüber, dass zwei dieser Parteien, CDU und FDP nämlich, zusammen mit der AfD gestimmt hatten. Man hatte Erstere einem „demokratischen“ Lager zugerechnet und dessen Kohärenz für größer gehalten als die Gravitationskräfte des Kapitals. Da hatte man sich natürlich getäuscht.

Einen Freistaat weiter südlich war man weniger zimperlich und Landesvater Söder äußerte vollstes Verständnis für das Vorgehen in Thüringen. Man ist

Zwei Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg Stiftung am Fr., 20. Okt.

17.00 Uhr: Hohe Nebenkostenabrechnungen von LEG und VONOVIA, Nachbarschaftszentrum Grone, Deisterstr. 10 mit Knut Unger, MieterInnenbündnis VONOVIA & Co, Bärbel Safieh, erfolgreiche Mieterin gegen Vonovia & Co, Hendrik Falkenberg, 1. Vorsitzender Verein für interkulturelle Nachbarschaft e.V., u.a.: In Zusammenarbeit mit: Göttinger Bündnis „Gutes Wohnen für alle!“, Stadtteiltreffen Grone (GiG), GROBIAN

20.00 Uhr, „Was tun gegen die Immobilienkonzerne VONOVIA, LEG & Co?“ Holbornsches Haus, Rote Str. 34: Mit Knut Unger, MieterAKTIONär*innen, Tom Österreich, GROBIAN, u.a. Moderation: Karlheinz Paskuda, Rosa-Lux.-Club GÖ. Mehr Infos auf: <https://www.karlheinz-paskuda.de/termine/>

dort auch einen Schritt weiter und reagiert mit den Faschisten. Als Aiwangers Vernichtungsphantasien aus Schulzeiten bekannt wurden, änderte sich daran nichts. Jugendsünden seien das. Schwamm drüber!



Als in Thüringen die „Brandmauer“ fiel ...

Als der Landtag von Söder und Aiwanger Auskunft über diese Entscheidung wollte, boykottierten diese das Parlament. Zu dem Vorgang sei nun schon alles gesagt, ließen die zwei Landesväter verlauten.

Wer eine Brandmauer zwischen CDU und FDP einerseits und der AfD andererseits halluziniert, übersieht, dass Aneignung, die damit verbundene Enteignung, das so entstandene Privateigentum und dessen Verwertung auf instabilen Gewaltverhältnissen beruhen.

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Brandmauer	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2023
ist der 19. Oktober.
Auslieferung ab 23. Oktober

Diese erfordern schon im Normalbetrieb die Ausübung von Macht, bei der Verschärfung der Widersprüche die Teilung der Macht mit den Faschisten und bei Unregierbarkeit die Übergabe der Macht an die Faschisten.

Mit anderen Worten, man hat wieder einmal viel über den Faschismus geredet und über den Kapitalismus geschwiegen. Das ist der Weg in die Hölle, bestenfalls ins Exil. (wp)

Veranstaltungsankündigungen

3. Okt.: DIE WAFFEN NIEDER!

Demonstration zum Tag der Deutschen Einheit,
13.00 Uhr, Hamburg Bahnhof Altona

11. Okt: Plenum Göttinger Friedendforum

19.00 Uhr, Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7, Göttingen

13. Okt.: Winterkino Grone (s. Seite Grobian)

11.00 Uhr, Berliner Str. gegenüber Bahnhof

20. Okt.: Veranstaltungen des Rosa Luxemburg Clubs

17.00 Uhr, Grone, Nachbarschaftszentrum:

Hohe Nebenkostenabrechnungen von LEG und VONOVIA 20.00 Uhr, Holbornsches Haus:
Was tun gegen die Immobilienkonz. VONOVIA, LEG & Co?
(s. Ankündigung links)



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>



**Kurzbericht vom Vortrag „Zwangsarbeit und Denkmalschutz:
Die ehemaligen Schickert-Werke in Rhumspringe“ mit Günther
Siedbürger und Hans-Georg Schwedhelm (Sonntag, 10 Septem-
ber 2023) in der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer
Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“**

Pünktlich um 15:06 Uhr wurde der Vortrag von Günther Siedbürger eröffnet. Trotz der sommerlichen Hitze an diesem Sonntagnachmittag haben sich ca. 25 Interessierte in den Räumen der Dauerausstellung eingefunden, welche der Geschichte und der Gegenwart der Schickert-Werke lauschten.

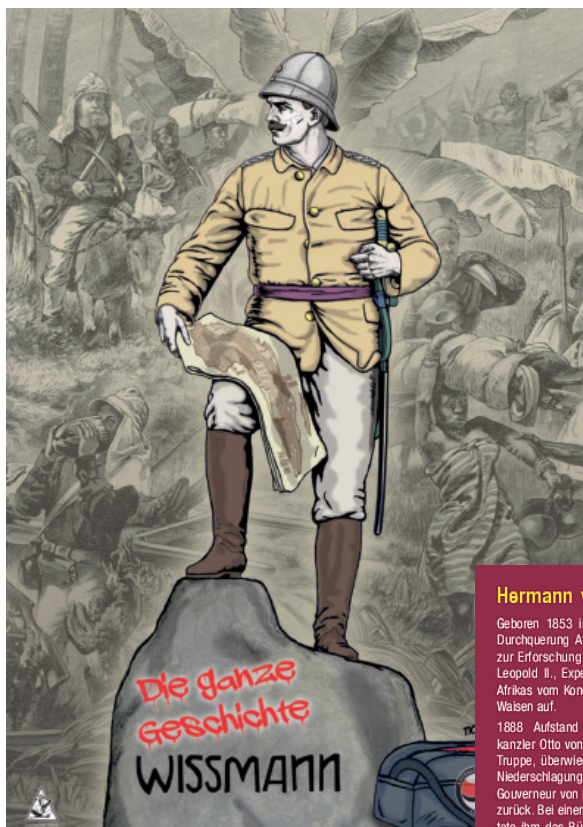
Günther Siedbürger begann zunächst mit einem Bericht über die Gegenden Eichsfeld und Vorharz, in welchen Rhumspringe liegt, und ging auf die Bedeutung dieser zum Ende der Weimarer Republik bzw. Beginn der Nazi-diktatur ein.

Anschließend gab es einen ausführlichen Bericht über die Hintergründe und den Baubeginn. Besonders wurde hier darauf eingegangen, welche Zustände für die Zwangsarbeiter*innen herrschten.

So mussten die Zwangsarbeiter*innen nicht nur ihre eigenen Baracken bauen, sondern wurden natürlich zudem auch für den Bau der Gebäude selbst sowie die dazugehörige Infrastruktur ausgebeutet. Die Arbeits- und Lebensumstände waren, wie nicht anders zu erwarten, katastrophal. So gab es nicht nur kein fließendes Wasser, sondern die Rationen waren zudem Abfall gleich. Während die Arbeiter*innen also mit Müh und Not versuchten bei Kraft zu bleiben, wurden andere gezwungen Festmahle für die stationierten Nazis zuzubereiten, ohne selbst davon zehren zu können.

Über einige der dort unter Zwang eingesetzten Personen kann sich heute in der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit“ in den Räumen der BBSII informiert werden.

Komplettiert wurde der Vortrag von Hans-Georg Schwedhelm. Er berichtete über die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang der vom Landesamt für Denkmalpflege geplanten Benennung der Schickert-Werke und wie örtliche Politik sowie Inhaberin versuchen, sich dagegen zu wehren.



Hermann von Wissmann – Die ganze Geschichte

Geboren 1853 in Frankfurt/Oder, preußischer Leutnant, 1880 bis 1883 erste Durchquerung Afrikas von West nach Ost im Auftrag der „Deutschen Gesellschaft zur Erforschung Äquatorial-Afrikas“. Später im Dienst des belgischen Königs Leopold II., Expeditionen im Kongobecken. Zweite Durchquerung Äquatorial-Afrikas vom Kongo bis zum Sambesi. In dieser Zeit nahm er zwei afrikanische Waisen auf.

1888 Aufstand in Ostafrika. Ernennung zum Reichskommissar durch Reichskanzler Otto von Bismarck, Beförderung zum Major. Aufstellung der Wissmann-Truppe, überwiegend aus afrikanischen Söldnern, Askaris genannt. Nach der Niederschlagung des Aufstands 1890 Verleihung des erblichen Adelstitels. 1895 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. 1896 kehrte v. Wissmann nach Deutschland zurück. Bei einem Jagdunfall kam er 1905 ums Leben. Drei Jahre später errichtete ihm das Bürgerium in Bad Lauterberg ein Denkmal. Ferner wurden eine wichtige Straße und das Wohnhaus seiner Mutter nach ihm benannt.

Seit den 1960er-Jahren war das Denkmal Treffpunkt des „Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen e. V.“. Die jährliche Jahreshauptversammlung mit Kranzniederlegung am Wissmann-Denkmal bildete den Höhepunkt dieser Tradition. Ab 1979 begannen erste Aktionen durch den Antifaschistischen Arbeitskreis Bad Lauterberg. Darunter eine Demonstration im Oktober 1982. Außerdem legte das „Kommando Springteufel“ 1985 eine Bombenattrappe am Denkmal ab und durchkreuzte damit empfindlich die Kranzniederlegung des Traditionsverbandes.

Bad Lauterberg | Mittwoch, 18.10.2023 | 14:30 Uhr

Rundgang mit Bernd Langer

Der in Bad Lauterberg gebürtige Referent beschäftigt sich seit Ende der 1970er-Jahre mit dem deutschen Kolonialismus sowie dessen spezieller Würdigung in Bad Lauterberg.

Treffpunkt: VVN-Gedenkstein, Felsenkeller am Kurpark

Die Führung findet im Zusammenhang mit einem Seminar der Hochschule Merseburg statt und ist offen für alle Interessierten!

Termine:

Dienstag, 17. Oktober 23, 16:00
Antifaschistischer Stammtisch

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen heißt Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung herzlich willkommen. Das nächste Treffpunkt ist das Cafe INTI, Wilhelm-splatz, Göttingen. Wir besprechen bei den Treffen geplante und potentielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

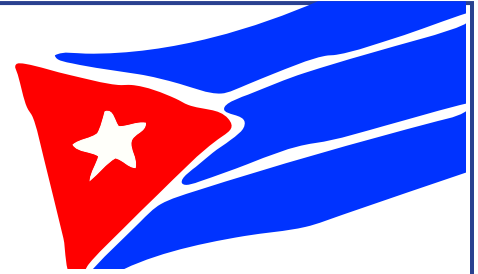
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

10. Oktober, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße

- Bericht von der SDAJ-Brigade im August - Auswertung der Bundesdelegiertenkonferenz



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

🔴 Kuba von der US-Liste „Staatlicher Förderer von Terrorismus“ streichen!

Im August haben amerikanische Bewegungen und Bündnisse eine große Unterschriftenaktion gestartet für Kubas Streichung von der US-Liste „Staatlicher Förderer von Terrorismus“ (State Sponsor of Terrorism, SSOT) und für das Ende der US-Blockade. Organisatoren sind u.a. ALBA Movimientos, Foro de São Paulo, La Via Campesina – International Peasants' Movement, World March of Women und International Peoples' Assembly. Ziel ist, 1 Million Unterschriften zu sammeln.

Von 1982 bis 2015 stand Kuba auf der SSOT-Liste. 2021 setzte US-Präsident Donald Trump Kuba wieder auf diese Liste, um kurz vor der Amtsübergabe an Joseph Biden ein weiteres Erbe der Obama-Ära außer Kraft zu setzen und um in Florida Wahlhilfe für die Gouverneurswahlen 2022 zu leisten.

Die SSOT-Listung kostet Kuba viel. Damit wird der Zugang zu internationalen Finanztransaktionssystemen verwehrt, und viele Güter, wie Treibstoff, Nahrung, Baumaterialien, Hygieneartikel und Medikamente, können nicht mehr auf dem Weltmarkt eingekauft werden.

Diese Hemmnisse kommen zu der über 60-jährigen US-Blockade, ihrer Verschärfung durch Trumps weitere 243 Sanktionen nach dem Helms-Burton-Gesetz (Abschnitt III), der Pandemie, sowie den globalen Energiepreis- und Nahrungsmittelpreiskrisen. Dadurch ist die Versorgungslage auf Kuba so schlecht, wie seit 1959 nicht mehr erlebt.

Die SSOT-Listung führt auch dazu, dass Kubas Staatenimmunität übergangen wird. Dadurch werden Klagen gegen Kuba vor US-Gerichten möglich. Anklagen gegen Telekommunikationsunternehmen wurden erhoben, weil diese Telefongebühren

an Kuba abführten. Fluggesellschaften erlebten das Gleiche wegen an Kuba gezahlter Landegebühren. Prozesse wurden geführt, um die Rechte an kubanischen Rum- und Zigarrenmarken zu erlangen. Wenn ein US-Bürger auf Kuba getötet werden sollte, könnte das als „außergerichtliche Tötung“ verfolgt werden.

Viele alltägliche Erschwernisse kommen hinzu. Kubanern mit spanischer Staatsbürgerschaft wurde die Einreise in die USA verweigert. Kubanern in der EU wurden Bankkonten verweigert oder existierende eingefroren. Manche Universitäten in den USA dürfen keine Kuba-Forschung mehr fördern, wenn damit Reisen von oder nach Kuba verbunden sind. Geldmittel religiöser und humanitärer Gruppen wurden eingefroren und ihre humanitären Lieferungen nach Kuba blockiert. Geldüberweisungen an Familienmitglieder auf Kuba können blockiert und Konten gesperrt werden.

Es besteht auch ein Risiko für andere Staaten, denen sekundäre Maßnahmen von US-Seite drohen könnten, wenn sie Beziehungen zu einem Staat auf der SSOT-Liste unterhalten.

Joseph Biden könnte Kuba sofort von der Liste streichen. Zur Annullierung genügt ein Verweis auf Abschnitt 6(j) des Export Administration Act, aber das hat für ihn keine Priorität. Leider wird derweil der FORCE Act im US-Kongress diskutiert, der explizit verbieten würde, Kuba von dieser Liste zu streichen, es sei denn, eine neue Übergangsregierung erlange auf Kuba die Macht.

Kuba ist nicht Förderer, sondern Opfer von Terrorismus. Insgesamt zählt Kuba 3.487 Tote und 2.099 Invalide durch Terroranschläge von USA und Exilkubanern



Die FG auf der Kulturenmesse am 17.9.:

Neben zahlreichen Gesprächen und regem Mojito-Verkauf konnten auch zahlreiche Unterschriften unter den Aufruf gesammelt werden

seit 1959. Kuba fördert hingegen staatlich das Gesundheits- und Bildungswesen sowie international Solidarität und Frieden. Kubas Bevölkerung hat eine höhere Lebenserwartung als die der USA. Es hat etwa doppelt so viele Ärzte pro Kopf wie Deutschland. Seine internationalistischen Medizinerbrigaden haben in über 100 Ländern Leben gerettet, auch in der Covid-Pandemie, wo sie u.a. in Italien und Andorra im Einsatz waren. Kubas selbst entwickelte Covid-Impfstoffe sind so gut, dass dort seit über einem Jahr niemand mehr an Covid-19 gestorben ist. Sein Alphabetisierungsprogramm hat Kuba 1961 als erstes Land Lateinamerikas von Analphabetismus befreit, und es wurde in viele Länder exportiert.

Als Friedensvermittler verhalf Kuba 2016 der kolumbianischen Regierung zu einem Friedensabkommen mit den FARC-Rebellen, sowie 2023 zu einem Waffenstillstandsabkommen mit den ELN-Rebellen. Kuba ist wesentlicher Initiator der Staatenbündnisse CELAC und ALBA, die die lateinamerikanische und karibische Integration vorantreiben.

Kubas sozialistisches und humanistisches Projekt ist ein großes Symbol für viele Menschen, insbesondere in den beiden Amerikas. Kuba steht nicht allein, wenn wir ihm beistehen (jk).

Cuba si, bloceo no!

1 Million Unterschriften für Cuba!

Bitte unterzeichne diese wichtige Unterschriftenliste, mit der die US-Regierung zur Streichung Kubas von der unilateralen Liste „Staatlicher Förderer von Terrorismus“ aufgefordert wird: <https://www.letcubalive.info/>

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

▶ Rechtsentwicklung und Antifaschismus

Rechtsentwicklung weltweit

In der BRD, der EU, den USA und Japan erstarken die Rechtskräfte. Prominentes Beispiel ist Italien. In dem EU-Land ist eine Faschistin Ministerpräsidentin. Eine Regierungsbeteiligung faschistischer Kräfte ist keine Randerscheinung mehr, wobei in der Regel nicht mit offen-terroristischen Methoden regiert wird. Und in der BRD erstarkt die AfD als eine rechte Partei mit einem faschistischen Flügel. Prognosen sehen die AfD als potenziell zweitstärkste Partei im Bund und in Thüringen, wo die Linke den Ministerpräsidenten stellt, wird die AfD mit Abstand als stärkste Kraft gehandelt. Das Erstarken der Rechten, hierzulande der AfD, in Parlamentswahlen ist aber nur ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Rechtsentwicklung.

Begriffsklärung: Rechtsentwicklung

Zur Rechtsentwicklung gehört auch das Regierungshandeln. Offensichtlich wird dies bei dem Thema Asylrecht. Das seit den 80igern angegriffene Grundrecht wird nur noch als außenpolitisches Instrument verstanden und praktiziert. Weder in der BRD und inzwischen auch nicht mehr in der EU existiert ein Recht auf Asyl. Asylsuchende werden illegal in Lagern an den europäischen Außengrenzen eingesperrt, ohne Rechte. Für einige weniger offensichtlich drückt sich die Rechtsentwicklung als Regierungshandeln in Bereichen des Versammlungs- und Streikrecht aus. Aber auch in der zunehmenden Normalisierung des Militärischen. Aktuell bestehen keinerlei Schranken für das Militärische (Rüstung, Waffenexport, In- und Auslandseinsätze, uvm.).

Wir haben es also mit einer Rechtsentwicklung zu tun, die Regierungshandeln (inkl. sozialdemokratischer Beteiligung) und das Erstarken von Rechten in juristischem, politischem wie gesellschaftlichem Rahmen umfasst. Dabei sind Regierungsparteien, insbesondere die SPD, keine rechten Parteien. Um das Phänomen der Rechtsentwicklung zu verstehen, bedarf es einer Begriffsklärung. Die Basis der Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts bzw. rechter und linker Politik ist die Aus-

einandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Die Rechtsentwicklung müssen wir als eine Machtverschiebung zugunsten des Kapitals verstehen. Dabei sehen wir einen Unterschied zwischen einer normalen Kräfteverschiebung und einer Verschärfung zugunsten einer faschistischen Herrschaftsform als einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen innerhalb des Kapitals um die strategische Orientierung. Je enger der Rahmen für die Durchsetzung der Kapitalinteressen national wie international, um so zugespitzter das Drängen eines Teils des Kapitals auf eine strategische Entscheidung und damit auch die Bereitschaft/Notw womit die parlamentarische und demokratische Form ausgesetzt werden würde.

Antifaschistische Politik

Antifaschistische Politik setzt deswegen an genau diesem Aspekt an. Sie führt die Rechtsentwicklung auf die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zurück und bekämpft das Kapital auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene. Sie setzt auf die Stärkung der Position der Arbeiterklasse, dies umfasst auch demokratische Reformen zugunsten der Gleichheit aller Menschen unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlechtsidentität oder -orientierung, usw. Aber natürlich auch den Kampf gegen die Abwälzung der wirtschaftlichen Zuspitzung auf die Arbeiterklasse und die anderen nicht-kapitalistischen Schichten oder gegen die Integration in die außen- und militärpolitischen Strategie der Herrschenden.

Zurück zum Anfang:

Die Bekämpfung des Erstarkens der Rechten wird in der aktuellen Situation von verschiedenen Kräften diskutiert, darunter auch von solchen, die als Regierungsparteien mit für die Rechtsentwicklung Verantwortung tragen. Sie blenden dabei logischerweise den Inhalt der Rechtsentwicklung aus und beschäftigen sich nur mit ihren Formen. So wird die Forderung nach Frieden mit Russland, weil sie auch von rechten Kräften aufgestellt wird, zu rechten For-

Mitgliederversammlungen Oktober 23

3. Oktober

17. Oktober

Die Themen der Versammlungen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.



derung erklärt. Dass die Rechten für ein starkes Militärs dieses imperialistischen Deutschlands sind und Russland als von Deutschland unterzuordnenden Staat verstehen und das auf der linken Seite z.B. die DKP für die Schwächung des deutschen Imperialismus arbeitet, spielt kaum noch eine Rolle. Dieses Ausblenden der Unterschiede drückt aktuell im Sinne der Herrschenden alle antimilitaristischen Kräfte an die Wand, die vorher schon schwach waren und nun noch schwächer werden. Es gehört zu den Aufgaben der politischen Linken in dieser Situation, weder ihre grundsätzlichen antimilitaristischen Positionen aufzugeben, noch einen vereinfachten „anschlussfähigen“ Antifaschismus zu propagieren. Antifaschisten müssen zwar nicht antikapitalistisch, sozialistisch oder gar kommunistisch sein. Aber der Antifaschismus muss objektiv, also seiner Wirkung nach, gegen das Kapital als der Treiber der Rechtsentwicklung gerichtet sein.

(ajh)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Geld für Waffen aber Kürzungen in der Bildung

Am 13. September hatte der Internationale Bund (IB) in den Greitweg in Grone zum Sommerfest eingeladen. Bei der Vorbereitung des Festes war allerdings nicht absehbar, dass zu diesem Zeitpunkt die seit Jahren erfolgreiche Arbeit absolut bedroht sein würde. Der Hintergrund: Die Haushaltsberatungen der „Ampel“, die im Bereich der Bildung zu massiven Einsparungen führen wird und damit auch den IB mit seinen Freiwilligen Diensten betrifft. Das Projekt „Repekt Coaches“, das bundesweit durch-

geführt wird und bisher mit 31 Mio. gefördert wurde, wird komplett gestrichen. Natürlich sind in Göttingen auch andere Institutionen betroffen. Da kann man/frau nur feststellen: Die „Ampel“ hat nicht nachgedacht! Was diese Kürzung bewirkt, an welchen Stellen sie langjährige Arbeit aus den Angeln hebt und damit soziale Dienste ersatzlos wegfallen (s. Bildrechts). (cs).



► LEG: Zuhause zahlst nur Du!



Mit diesem Slogan auf dem „Kirmeswagen“ gingen die Grobiane und der Verein „IN Grone“ bei diesjährigen Kirmesumzug in Grone mit (s. Bilder links). Mitgenommen hatten sie auch das Banner „Miethaie zu Fischstäbchen“. Damit wollten sie auf die untragbaren Zustände in den LEG-Immobilien aufmerksam machen. Und obwohl der Umzug leider nicht durch die Straßen führte, in denen diese Immobilien stehen, gab es hier und da zustimmende Kommentare.

Gefragt, warum die Grobiane „so’n Kirmes“ mitmachen, gab’s die Antwort:

Einmal sind wir ein Teil von Grone und wollen das auch zeigen, aber vor allem, weil noch nie so viele Menschen unsere „Arbeit“ gesehen haben. Und: Zur Belohnung für’s Mitmachen hat der Verein „IN Grone“ auch noch 50 Euro von den Veranstaltern bekommen; wenn es auch nicht für einen der vorderen Plätze in der Bewertung der schönsten oder originellsten Beiträge „gereicht“ hat.

(gs)

Das Winterkino Grone zeigt im Oktober:

13. Oktober 23: The greatest Showman

P.T. Barnum verliert seine Arbeit, hat aber eine Idee. Er gründet ein Kuriositätenkabinett mit Wachfiguren und ausgestopften Tieren. Als seine Töchter ihn darauf aufmerksam machen, dass er nur tote Objekte ausstellt, heuert er unter anderem einen sehr

kleinen Menschen und eine bärtige Frau an. Zudem versucht Barnum eine große und völlig neuartige Show auf die Beine zu stellen

Im Anschluss präsentieren wir das
Feuertheater Salto Luminale
Zwischen der Jona-Gemeinde
& dem Nachbarschaftszentrum



Mit allen Sinnen

Die barrierefreien Vorstellungen beginnen um 19.00 in der JONA-Gemeinde, Deisterstraße (Eingang gegenüber dem NBZ) Einlass 18.30 Uhr / 2,00 € für einen Verzehrbon / (Getränke & kulinarische „Filmhäppchen“ werden gereicht

🔴 Bürgergeld – Alter Wein in neuen Schläuchen

Seit Beginn des Jahres gibt es nun das Bürgergeld, das anstelle des bisherigen ALG II bzw. Hartz IV getreten ist. Kann man aber wirklich von einem Systemwechsel sprechen? Dies ist sehr zweifelhaft. Bei genauer Betrachtung der Veränderungen kann allenfalls von einer Reform und einigen Verbesserungen die Rede sein. Von SPD-Politiker*innen angedachte weiter gehende Veränderungen waren zuerst an der FDP und im Bundesrat zudem an der CDU gescheitert. Wichtige Veränderungen sind:

- Eine leichte Erhöhung des Regelbedarfs um 50 auf monatlich 502 Euro, der aber im Wesentlichen einen Inflationsausgleich darstellt.
- Senkung der Sanktionen auf max. 30% des Regelbedarfs
- eine deutliche Erhöhung des Schonvermögens
- Schonfrist von einem Jahr bei zu hohen Mietkosten
- Wegfall des Vermittlungsvorrangs: Aus- oder Weiterbildung können einer Jobaufnahme vorgezogen werden.
- Höhere Freibeträge und Hinzuverdienstmöglichkeiten bei eigenem Einkommen. Anrechnungsfrei können weiterhin nur 100 Euro verdient werden (außer durch Schüler, Studierende und Auszubildende). Von 100 bis 520 Euro (Minijob-Grenze) sind 20 Prozent anrechnungsfrei. Künftig können 30 statt 20 Prozent der Einkünfte behalten werden, die oberhalb der Minijob-Grenze liegen.
- Erbschaften gelten als Vermögen, nicht als Einkommen (seit 1. Juli 2023).
- Einkommen aus Ferienjobs bleibt unabhängig von seiner Höhe anrechnungsfrei (seit 1. Juli 2023).
- Zudem gibt es für die Teilnahme an berufsbezogenen Weiterbildungen von mindestens acht Wochen Länge 75 Euro monatlich zusätzlich zum Regelbedarf. Sofern ein Berufsabschluss angestrebt wird, sind dies sogar 150 Euro zusätzlich.

Für die Umsetzung auch in der Stadt Göttingen ist der Landkreis als Options-

kommune zuständig. Die Verwaltungsspitze betont hier immer wieder, dass man den Betroffenen jetzt auf Augenhöhe begegnen will. Die bisherige Eingliederungsvereinbarung soll bis Ende 2023 schrittweise durch einen „Kooperationsplan“ abgelöst werden, der gemeinsam vom Fallmanager und dem/der betroffenen Leistungsempfänger(in) erarbeitet werden soll.

Am 5. Juli hatte der kommunalpolitische Arbeitskreis die Sozialberaterin Ulle Hanke (KORE) und den Sozialberater und LINKE OV-Sprecher Jo Bons zum Thema Bürgergeld eingeladen. Von Seiten der Berater wurde dabei betont, dass man nicht von einem Systemwechsel, allenfalls von Versprechungen sprechen könne. Ob es jetzt wirklich eine Begegnung von Betroffenen und Berater*innen auf der viel beschworenen Augenhöhe gibt kann aufgrund der kurzen Zeit nicht beurteilt werden.

Nicht ganz dazu passt es allerdings, dass bisher nur mit einer kurzen Mitteilung im Fachausschuss, aber ohne Diskussion oder zumindest einer Vorstellung im Fachausschuss, die „angemessenen Kosten der Unterkunft“ (KdU), also die Höchstgrenze der übernommenen Miete, gekürzt wurden. Grundlage ist offensichtlich ein Gutachten des Instituts für Wohnen und Umwelt (Darmstadt), das einen gemeinsamen „Vergleichsraum“ der Stadt Göttingen mit den Kernorten Bovenden und Rosdorf vorsieht. Während die Mieten in der Stadt Göttingen munter weiter steigen, werden die übernommenen Mietkosten zum 1. August gekürzt. Statt wie bisher 540 Euro werden für eine Person nur noch 511 Euro übernommen. Bei zwei Personen

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



sind dies statt bisher 655 nur noch 585, bei drei Personen statt bisher 779 nur 639 Euro, bei vier Personen statt bisher 908 nur 744 Euro und bei fünf Personen statt bisher 1038 nur 959 Euro. Die Übernahme dieser Kosten ist existenziell, mit Augenhöhe hat dies nichts zu tun. Auch

BÜRGERGELD REGELSATZ 2023

502,00€



Quellen:
Regelbedarfsermittlungsgesetz vom 09.12.2020
Gesetzesentwurf zur Einführung von Bürgergeld vom 14.09.2022

werden hier die Mitwirkungsrechte der Kreistagsabgeordneten missachtet. Es ist wirklich bezeichnend, dass hier der Landkreis mit allen Tricks versucht, Kosten zu Lasten der ärmsten Menschen zu senken.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

▶ Antidiskriminierungsnetzwerk – Was ist daraus geworden?

Im Jahre 2022 und zuletzt im April 2023 hatten mehrere Vernetzungstreffen zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsberatungsstruktur in Göttingen stattgefunden. Organisiert wurden die Treffen von dem südniedersächsischen Koordinator (Eckhard Fascher) des landesweiten Projekts Zusammenhalt stärken - Migrant*innen gegen Rassismus. Betroffen hatten sich verschiedene Vertreter von Migrantenorganisationen, aus dem Gleichstellungsbereich, Behinderteneinrichtungen oder dem queren Bereich und auch aus der Kommunalpolitik. Die Teilnehmenden hatten sich dabei auf den Aufbau eines Netzwerks verständigt, das den Aufbau verschiedener Beratungsstellen mit einer zentralen Koordinationsstelle vorantreiben soll. Dabei soll es eine möglichst flächendeckende Abdeckung von dezentralen Beratungsstellen geben. Die Aufgabe der zentralen Antidiskriminierungsstelle wäre es diese Arbeit zu koordinieren, Informationen zu sammeln bzw. die dezentralen Beratungsstellen zu unterstützen. Als Notwendigkeit wird dabei die Unabhängigkeit der zentralen Koordinationsstelle insbesondere auch von kommunalen Verwaltungsstrukturen angesehen.

Vorbild sind das Netzwerk und die Beratungsstrukturen in Braunschweig und Lüneburg. Positive Beschlüsse in Stadtrat und Kreistag führten dazu, dass die jewei-

ligen Gleichstellungsstellen die konzeptionelle Arbeit übernehmen konnten. Die Gleichstellungsstellen können unabhängig agieren und sind nicht weisungsgebunden.

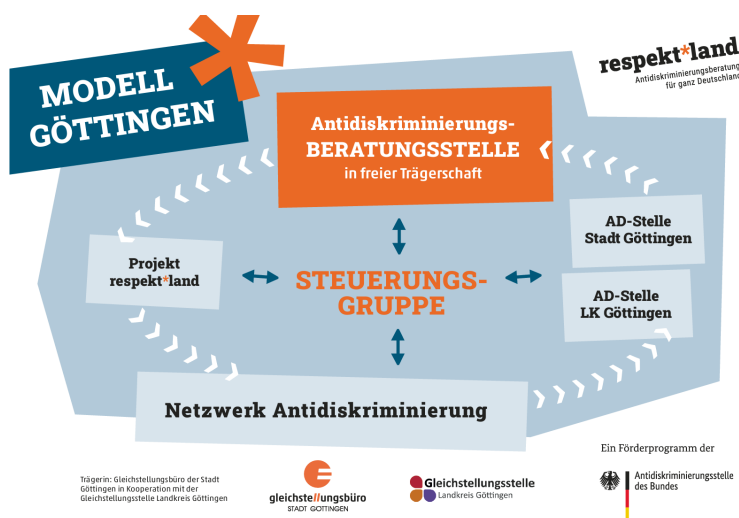
Im Frühjahr wurde ein gemeinsamer Antrag bei Demokratie Leben bewilligt. Es gibt jetzt zwei Stellen zum Netzwerkaufbau, davon eine durch die Projektmittel und jeweils eine halbe durch Stadt und Landkreis, letztere wurde erst im August besetzt, da wie im letzten Kreistagsinfo berichtet wurde, erst der bei den Haushaltsberatungen abgelehnte Sperrvermerk für die halbe Stelle frei gegeben werden musste.

Innerhalb von zwei Jahren sollen die drei Stelleninhaberinnen die Netzwerkstruktur und die unabhängige Koordinationsstelle mit Hilfe der ehrenamtlichen Steuerungsgruppe aufbauen.

In den Sommermonaten wurde die Steuerungsgruppe gebildet, in der die im Antidiskriminierungsgesetz aufgezählten Diskriminierungsmerkmale vertreten sind. Die genannten Merkmale sind ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Alter, chronische Erkrankung oder Behinderung sowie sexuelle Identität.

Entgegen der ursprünglichen Zeitplanung wird es erst am 1. Dezember ein erstes Netzwerktreffen geben. Es bleibt abzuwarten wie sich der Prozess wei-

ter entwickeln wird und ob im Jahre 2025 die entsprechende Antidiskriminierungsberatungsstruktur steht. Auch ist bislang völlig unklar, bei welcher Institution die zentrale Anlaufstelle angesiedelt sein wird.



Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçın

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 4. Oktober, 19:00 Uhr
im Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7
Thema: Resümee der kommunalpolitischen Arbeit und wie geht es mit dem KoPol AK weiter.

In diesem Jahr haben verschiedene Treffen des Kommunalpolitischen Arbeitskreises mit sehr unterschiedlichen Themen wie Flüchtlingsunterbringung, Hartz IV oder Gesundheits- und Pflegepolitik stattgefunden. Doch was folgte daraus? Wurden Ideen aus dem Arbeitskreis aufgegriffen, konnten Anträge gestellt werden, gibt es offene Themen? Und wie soll es überhaupt mit dem Kommunalpolitischen Arbeitskreis weitergehen?

Pressemitteilung:

Göttingen hat keinen Bock auf rechtspopulistische Feste!

Am 16.09. treffen sich in Göttingen zum „Herbsterwachen“ wieder Menschen aus dem verschwörungsideologischen Bereich bis hin zur Reichsbürger*innen-Szene. Bereits zum verwandtem „Frühlingserwachen“ in diesem Jahr wurden Rechtsradikale auf dem Protest geduldet und menschenfeindliche Ideologien verbreitet. Die Forderungen des Protests bedienen sich an nationalistischen, populistischen und demokratiefeindlichen Narrativen - so ist die Rede von einem sogenannten „Pandemievertrag“ oder vom „Krieg gegen das Volk“, und auch die Ablehnung der neu installierten, queeren Ampelfiguren wird als Aufruf zum Protest verstanden. Wir rufen dazu auf, sich dem Gegenprotest vom Bündnis gegen Rechts anzuschließen. Als Göttinger Linke Ratsfraktion bedauern wir es, dass sich für die interfraktionelle Resolution im Rat der Stadt Göttingen nicht darauf geeinigt werden konnte, dem Bündnis gegen Rechts als zentrale Rolle des Gegenprotestes den Dank auszusprechen.

„Die Brandmauer gegen Rechts kommt nicht von allein, sondern besteht aus allen engagierten Göttingerinnen und Göttingern, die am Samstag auf die Straße gehen und zeigen, dass wir hier keinen Platz für Hass und Hetze haben.“ erklärt der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann. Thomas Goes, der Sprecher des LINKEN Kreisverbandes Göttingen/Osterode ergänzt: „Tatsächlich werden in dieser Zeit von der Regierung viele Menschen politisch verlassen. Eine wirkliche antifaschistische Perspektive gibt Antworten, die Gemeinwohl und Interessen von Arbeiter*innen und Angestellten in den Mittelpunkt stellen. Vereinnahmungen von Rechts stellen wir uns entgegen. Beides geht nur gemeinsam, ein Kampf für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit und gegen jede Form von rechter Politik.“ „Deshalb rufen wir unsere Mitglieder und die Göttinger Zivilgesellschaft zur Teilnahme an der Kundgebung gegen diese Volksverhetzung auf. Gut, dass das Bündnis gegen Rechts die Organisation des Protests wieder in die Hand nimmt“, so die Kreissprecherin Lisa Zumbrock. Heute, am Samstag und auch in Zukunft heißt es für uns: Keinen Millimeter weiter nach Rechts!

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Interkulturelle Woche

Wer den Social-Media-Plattformen der Göttinger Linke Ratsfraktion noch nicht folgt, sollte das nachholen: In der Interkulturellen Woche vom 24.09. bis zum 01.10. gab es dort nämlich auch die täglichen Beiträge über internationale Kämpfe für soziale Gerechtigkeit. Von den Problemen, die Frauen in Afghanistan haben, bis zum neuen Aufbruch in Rojava – hier gibt es nicht nur Wissenswertes, sondern auch die aktuellen Nachrichten von der Ratsfraktion. **Facebook: Göttinger Linke Ratsfraktion** **Instagram: goelinke_ratsfraktion**

